

## Bundestagswahl 2009

### Kulturpolitische Positionen der Parteien

Am 27. September 2009 finden die Wahlen zum Deutschen Bundestag statt. Aus diesem Anlass dokumentieren wir die kulturpolitischen Wahlaussagen und Forderungen der im Bundestag vertretenen Parteien. Wir beginnen mit den kleineren Parteien FDP, DIE LINKE und Die Grünen / Bündnis 90. Während Liberale und Grüne ihre Wahlprogramme bereits verabschiedet haben, handelt es sich bei der Linken um den Leitantrag des Parteivorstandes an den Wahlparteitag im Juni 2009. Insgesamt fällt bei den Wahlprogrammen auf, dass sich die Aussagen in vielen Punkten ähneln. So wird etwa das Staatsziel Kultur, die Bedeutung der Kulturwirtschaft und die Notwendigkeit kultureller Teilhabe von allen betont. Darüber hinaus gewinnt bei allen Parteien das Thema »Geschichte und Erinnerungskultur« an Bedeutung. Auch dies vielleicht ein Zeichen dafür, dass das wiedervereinigte Deutschland sich seiner historischen Verantwortung bewusst ist und den Umgang damit als kulturpolitische Aufgabe begreift.

Die beiden großen Volksparteien SPD und CDU/CSU verfügen bis dato nur über Entwürfe eines Wahlprogramms, die die jeweiligen Bundesparteitage nach der Europawahl im Juni beschließen werden. Wir haben uns deshalb entschlossen, deren kulturpolitischen Wahlaussagen erst nach deren offiziellen Verabschiedung, d.h. in der Spätsommerausgabe der Kulturpolitischen Mitteilungen abzu drucken. (Red.)

#### Die Mitte stärken.

Deutschlandprogramm der Freien Demokratischen Partei (17. Mai 2009)

3. Mehr Bürgerfreiheit durch mehr Vertrauen, Zusammenhalt und Toleranz (...)

#### Kultur von allen

Kunst und Kultur sind die Grundlagen in der Gesellschaft für die Verständigung untereinander und die Quelle von Identität und Kreativität. Kunst und Kultur spiegeln den Zustand einer Gesellschaft wider und treiben deren Entwicklung voran. Ohne Kunst und Kultur wäre unsere Gesellschaft nicht kreativ, unsere Bildung technokratisch und unsere Wirtschaft nicht innovativ. Kunst und Kultur entscheiden wesentlich über die Anpassungsfähigkeit einer Gesellschaft.

Liberaler Kulturpolitik steht unter dem Leitgedanken »Kultur von allen«. Der Bürger als Kulturschaffender, Kulturnutzer und Kulturförderer steht im Mittelpunkt liberaler Kulturpolitik. Zudem muss Kulturpolitik Anreize zu stärkerem privaten Engagement schaffen. Zugleich bekennt sich die FDP zur öffentlichen Kulturförderung. Die FDP wirbt für die Verankerung des Staatsziels Kultur im Grundgesetz. Kulturelle Bildung ermöglicht gesellschaftliche Teilhabe und persönliche Entfaltung. Ihre Förderung mit einem niedrigschwelligen Zugang ist daher eine Verpflichtung des Staates und muss verstärkt werden.

Träger der Kultur sind in hohem Maße unzählige Vereine und Initiativen, die weitgehend auf ehrenamtlicher Tätigkeit beruhen. Das Gemeinnützigkeitsrecht ist so umzugestalten, dass nicht der gewährende, sondern der ermögli-

chende Staat zum Prinzip wird. Im Steuer- und Haftungsrecht darf ehrenamtliche Arbeit nicht erschwert werden. Für Liberale sind ehrenamtlich tätige Bürgerinnen und Bürger die Grundlage einer freien Bürgergesellschaft.

Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist eine wichtige Zukunftsbranche. Die FDP setzt sich für Kredit- und Wagniskapitalinstrumente ein, die die spezifische Situation der Kultur- und Kreativwirtschaft bei den Förderbedingungen berücksichtigt. Der Film ist sowohl Wirtschafts- als auch Kulturgut. Die FDP setzt sich für eine Stärkung der Filmwirtschaft am Standort Deutschland ein. Die Instrumente der Filmförderung müssen auf ihre Eignung überprüft werden, den deutschen Film international wettbewerbsfähig zu machen.

Die Hauptstadtkulturförderung des Bundes ist auf eine klare gesetzliche Grundlage zu stellen. Ein starkes Engagement des Bundes ist unverzichtbar. Dies muss jedoch transparenten Kriterien erfolgen und darf nicht zu einer Vernachlässigung der Kulturförderung in den übrigen Bundesländern führen.

Staat und Museen müssen die Provenienzforschung verstärken. Die Verfahren zur Ermittlung und etwaigen Rückgabe von NS-Raubkunst bedürfen einer Professionalisierung nach internationalen Vorbildern. Wir wollen zudem die Rückgabe kriegsbedingt verschleppter Kulturgüter vorantreiben.

Die Terrorherrschaft der Nationalsozialisten von 1933 bis 1945 ist eine in jeder Hinsicht nie da gewesene Katastrophe der deutschen Geschichte. Das Gedenken an und die Aufklärung über die unvorstellbaren Gräueltaten im Nationalsozialismus gilt es unvermindert und mit Nachdruck zu bewahren.

Bei der Aufarbeitung der deutsch-deutschen Geschichte gibt es großen Nachholbedarf. Für die Zukunft unseres demokratischen Staats ist es wichtig, gerade der jungen Generation über Schulen und Kulturprojekte die Ursachen und Folgen von Unfreiheit und Misswirtschaft zu vermitteln – in allen Bundesländern. Das Erinnern an die ermordeten Gegner des kommunistischen Regimes soll in die politische Bildung einbezogen werden. Die authentischen Stätten des SED-Unrechts sind zu erschließen und zu erhalten.

#### Bundestagswahlprogramm der Partei

DIE LINKE — Leitantrag des Parteivorstandes (10. Mai 2009)

3.5. Kulturelle Grundlagen einer dialogfähigen, gerechten Gesellschaft sichern

»Welch triste Epoche, in der es leichter ist, ein Atom zu zertrümmern, als ein Vorurteil.«  
(Albert Einstein)

Kulturelle Fragen sind Fragen nach der Utopiefähigkeit einer Gesellschaft, ihrer Geschichte, ihrem Zusammenhalt, ihren Erzählungen. Alle Menschen stellen solche Fragen – ob sie in existenziellen Nöten sind oder nicht. Wo Kultur nur als bildungsbürgerliche Zutat zum harten Leben ihr Dasein fristet, werden entscheidende Fragen nicht gestellt. Öffentliche Debatten beginnen oft in Theatern, Ausstellungsräumen, in Sub-, Jugend- oder Protestkulturen.

Mit der 2008 ratifizierten Konvention zur kulturellen Vielfalt hat sich unser Land gegen die schrankenlose Liberalisierung und Verwertung kultureller Dienstleistungen ausgesprochen. DIE LINKE unterstützt eine umfassende Förderung der kulturellen Infrastrukturen unserer Gesellschaft. Dazu gehört der Erhalt öffentlicher Räume für Soziokulturen, Bibliotheken und Musikschulen, die Förderung freier Szenen und kleiner und mittlerer Unternehmen der Kulturwirtschaft.

DIE LINKE unterstützt die Vielfalt der Kulturen in unserem Land auch durch die Förderung der Geschichte und Lebensweise der seit Jahrhunderten hier lebenden autochthonen Minderheiten, wie der Sorben, der Sinti und Roma, der Friesen und Dänen.

Erinnerungskulturen beginnen in der eigenen Partei. Ohne Offenheit entsteht kein Verständnis für die Vielschichtigkeit der politischen und kulturellen Auseinandersetzung in Ost und West. Wir wollen uns der differenzierten Kulturgeschichte des früher geteilten Landes vergewissern, ohne Scheuklappen, ohne Denkverbote. Mit staatlich verordneter Gedenkpolitik geht das nicht.

DIE LINKE fordert mehr Pluralismus bei der historischen Verortung der deutschen Gesellschaft. Das Gedenkstättenkonzept des

Bundes sollte deshalb dezentrale Strukturen, die politische und inhaltliche Unabhängigkeit der Gedenkstätten und deren wissenschaftliche Fundierung befördern. Wer undifferenziert von den beiden deutschen Diktaturen spricht, verharmlost die Verbrechen des Faschismus. Die kritische Aneignung der ost- und westdeutschen Nachkriegsgeschichte ist ohne den geschichtlichen Kontext, der zur Machtübernahme der Nazis 1933 sowie zur Spaltung Deutschlands nach 1945 führte, nicht zu leisten.

DIE LINKE fordert unter Beachtung der Empfehlungen der Enquetekommission »Kultur in Deutschland«:

- das Staatsziel Kultur und die Kultur als Gemeinschaftsaufgabe im Grundgesetz verankern: die Kulturförderung des Bundes und die Förderung von Kulturen der Minderheiten dauerhaft sichern;
- Theater, Orchester, Musikschulen, Bibliotheken, Museen und Archive in öffentlicher Trägerschaft sichern und stärken; die Privatisierung der Kultur stoppen;
- Arbeits- und Lebensbedingungen von freien Künstlerinnen und Künstlern verbessern:
  - die Künstlersozialkasse erhalten;
  - eine Ausstellungsvergütung gesetzlich regeln;
  - ein Künstlergemeinschaftsrecht einführen: Kulturcents auf urheberrechtlich erloschene Werke für die Förderung junger Kunst erheben;
  - ein modernes Urheberrecht schaffen: die soziale Lage von Kreativen tatsächlich verbessern;
- eine Gedenkstättenpolitik auf den Säulen der demokratischen europäischen und ost- und westdeutschen Kulturtraditionen entwickeln.

### **Bundestagswahlprogramm Bündnis 90 / DIE GRÜNEN**

Beschluss der Bundesdelegiertenkonferenz (10. Mai 2009)

#### *Kapitel 12: Vorsicht Kultur! – Kreativität als Stein des Anstoßes*

(...)

##### *Kultur für Stadt und Land*

Kultur ist Lebensqualität. In großen Städten wie auch auf dem Land sind öffentliche Kultureinrichtungen bedroht. Jugendhäuser, Kinos und Kulturinitiativen wurden geschlossen oder stehen vor dem Aus. Die kulturelle Infrastruktur in Deutschland bröckelt schon heute an allen Ecken und Enden, nicht nur in der baulichen Substanz. Dabei ist der Verfall langsam, schleichend und meist auch ziemlich geräuschlos. Wir setzen uns für eine lebendige Kultur ein und dafür, dass keine Region im Zuge des demografischen Wandels kulturell abgehängt wird. Die Balance zwischen den

unterschiedlichen Kulturen, Angeboten, Institutionen muss deutlicher austariert werden. Der zunehmenden Verödung der Innenstädte setzen wir die Idee einer Stadtkultur entgegen, die auf öffentliche Räume, Vielfalt und Begegnung setzt. Dörfer und der ländliche Raum dürfen nicht zu Zonen der kulturellen Ödnis werden. Gerade junge Menschen dürfen nicht an den Rand gedrängt werden sondern brauchen öffentliche Räume für ihre Kreativität. Im Hinblick auf steigenden Rechtsradikalismus und Gewalt unter Jugendlichen bedeutet die Bereitstellung und stärkere finanzielle Förderung von kulturellen Angeboten eine notwendige soziale Prävention und ist damit eine nachhaltige Investition. (...)

#### *Kulturschaffende stärker in den Blickpunkt nehmen*

Kulturschaffende in Deutschland brauchen angemessene steuerliche und rechtliche Rahmenbedingungen. Ihre soziale Lage muss verbessert und künstlerischer Nachwuchs vielfältig gefördert werden. Wir wollen mehr soziale Sicherheit für die unterschiedlichsten Beschäftigungen und Arbeitsverhältnisse in der Kultur schaffen – ob im Kulturbetrieb, in der Kreativwirtschaft, als Selbstständiger oder als abhängig Beschäftigter, ob als unstetige Beschäftigung oder im Praktikum. Bei der Einführung der Bürgerversicherung wollen wir die Prinzipien der Künstlersozialversicherung erhalten.

#### *Kultur für alle*

Kunst- und Kultur müssen für alle Mitglieder unserer Gesellschaft erreichbar sein – unabhängig von sozialer Stellung, kultureller Herkunft oder jedweder Behinderung. Barrieren gibt es viele. Für die einen sind es die hohen Eintrittsgelder oder -gebühren, für die anderen unüberwindliche Schwellen, kontrastarme Beschriftungen, nicht verständliche Sprache bei den Beschreibungen und anderes mehr. Wir wollen für diese Probleme sensibilisieren und setzen uns dafür ein, dass im Kunst- und Kulturbetrieb wo immer möglich Barrieren abgebaut werden.

#### *Kulturelle Bildung*

Kulturelle Bildung ist eine wesentliche Aufgabe von Kultur- und Bildungspolitik. Jeder Mensch, gleich welchen Alters, hat das Recht auf Entfaltung einer eigenständigen Persönlichkeit. Jedes Kind hat darüber hinaus ein Anrecht auf kulturelle Bildung. Kinder und Jugendliche müssen die Chance erhalten, ihre kreativen Fähigkeiten zu spüren und zu nutzen und auf diese Weise Selbstachtung und Anerkennung zu gewinnen. Dabei kommt der interkulturellen Kulturarbeit eine besondere Bedeutung für das Zusammenleben in der multikulturellen Gesellschaft zu. Kultur kann Zugänge zu anderen Welten eröffnen. Kultur ermöglicht den Perspektivwechsel und för-

dert dadurch das Verständnis für das Andere und Unbekannte. In einer globalisierten Welt ist kulturelle Kenntnis und kulturelle Kompetenz dringend geboten. Durch kulturelle Bildung wird das Zusammenleben unter dem gemeinsamen Dach »Deutschland«, »Europa« oder »Welt« erst umfassend möglich. Wir treten dafür ein, dass die ästhetischen Fächer und kulturellen Angebote in der Schule gestärkt werden. Kulturelle Einrichtungen in außerschulischen Bereichen – von der Bibliothek bis zum Probenraum – sollen allen offen stehen. Deshalb wollen wir hier in die Infrastruktur investieren und die kulturelle Teilhabe attraktiv machen.

#### *Erinnerungskultur lebendig halten*

Die Erinnerung an die Geschichte bleibt nur wach, wenn wir sie lebendig halten. Die Verantwortung Deutschlands für die Verbrechen des Nationalsozialismus muss ihren Niederschlag in einer vielfältigen Erinnerungskultur finden. Diese ist umso wichtiger, als bald keine Überlebenden und Zeitzeugen des Nationalsozialismus mehr von ihrer Erfahrung berichten können. Wir GRÜNE sind deshalb dafür, dass neben den KZ-Gedenkstätten als Lernorten zivilgesellschaftliche Initiativen stärker gefördert werden und der Schulunterricht innovativer gestaltet wird. Nur so kann der Stafelstab der Erinnerung an kommende Generationen weiter gegeben werden.

Auch die Geschichte der DDR als Unrechtsstaat muss weiter aufgearbeitet werden. Dazu ist die Stasi-Unterlagen-Behörde eine unverzichtbare Institution. Die Auseinandersetzung mit dem Leben in der DDR muss Bestandteil der schulischen Bildung in Ost- und Westdeutschland werden. Unser kulturelles Erbe ist ein Ort des Nachdenkens wie auch Zeugnis eines stetigen Wandels, den wir brauchen.

#### *Auswärtige Kulturpolitik*

Kulturpolitik ist Friedenspolitik. Auswärtige Kulturpolitik und internationaler Kulturaustausch gehören zu den wichtigsten Instrumenten für Völkerverständigung. Die auswärtige Kulturpolitik soll deshalb gestärkt werden, insbesondere die staatsfernen Mittlerorganisationen wie Goethe-Institute und DAAD. Die Intensivierung des internationalen Kulturaustausches ist ebenso notwendig wie die stärkere Verzahnung von auswärtiger und innerer Kulturpolitik. Wir begreifen kulturelle Verständigung als Schlüssel für ein zusammenwachsendes Europa und für den notwendigen »Dialog der Kulturen« weltweit. Insbesondere daher halten wir es für notwendig, dass sich Deutschland stärker in die kulturpolitischen Klärungs- und Entscheidungsprozesse der Europäischen Union einmischet. (...)